B e s c h l u s s e m p f e h l u n g

des Europaausschusses

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 5/7233 -

Thüringer Landesmediengesetz (ThürLMG)

Berichterstatter: Abgeordneter Wucherpfennig

Beratungen:

Durch Beschluss des Landtags vom 28. Februar 2014 wurde der Gesetzentwurf an den Europaausschuss überwiesen.

Der Europaausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 30. Sitzung am 14. März 2014, in seiner 32. Sitzung am 16. Mai 2014 und in seiner 33. Sitzung am 13. Juni 2014 beraten sowie in seiner 32. Sitzung am 16. Mai 2014 in öffentlicher Sitzung ein mündliches Anhörungsverfahren durchgeführt.

Der Europaausschuss hat beschlossen, den Gesetzentwurf im Online-Diskussionsforum des Thüringer Landtags zur öffentlichen Beteiligung vom 20. März 2014 bis 16. Mai 2014 einzustellen. Es bestand die Möglichkeit, im Online-Diskussionsforum des Thüringer Landtags zu Fragen des Gesetzentwurfs Stellung zu nehmen.

Beschlussempfehlung:

Der Gesetzentwurf wird mit folgenden Änderungen angenommen:

1. Dem § 1 wird folgender Absatz 8 angefügt:

"(8) Bei der Verbreitung von Rundfunk und Telemedien im Zuständigkeitsbereich der Länder über öffentliche Telekommunikationsnetze ist Netzneutralität zu gewährleisten."

2. Dem § 2 Abs. 1 wird folgende Nummer 8 angefügt:

"8. Netzneutralität: die Gleichbehandlung aller Daten im Internet unabhängig von Inhalt, Dienst, Anwendung, Anbieter, Herkunft oder Ziel."

3. In § 3 Satz 2 Nr. 2 wird das Wort "Informationsbeiträgen" durch das Wort "Informationsbeiträge" ersetzt.

4. In § 13 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 2 wird nach den Worten "Verlängerungen um jeweils" das Wort "fünf" eingefügt.
5. In § 34 Abs. 1 Satz 4 werden die Worte "mindestens 32 Stunden pro Woche" durch die Worte "mindestens 14 Stunden pro Woche" ersetzt.
6. § 37 wird wie folgt geändert:
 - a) In der Überschrift werden nach dem Wort "Übertragung" die Worte "und Netzneutralität" angefügt.
 - b) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 angefügt:

"(3) Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze sowie natürliche oder juristische Personen, die den Zugang zu solchen Netzen vermitteln, dürfen Rundfunk und Telemedien im Zuständigkeitsbereich der Länder nicht zugunsten anderer Datenübertragungen blockieren, verlangsamen oder anderweitig behindern. Insbesondere ist es unzulässig, die Übertragung von Rundfunk und Telemedien im Zuständigkeitsbereich der Länder besonderen Preisanforderungen zu unterwerfen. Bei Vereinbarungen über Datenvolumina und -geschwindigkeiten dürfen bestimmte Inhalte, Dienste oder Anwendungen nicht aus dem Volumenverbrauch herausgerechnet oder nach Verbrauch des vereinbarten Datenvolumens von einer Drosselung ausgenommen werden."
7. § 41 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach Nummer 7 wird folgende neue Nummer 8 eingefügt:

"8. die Förderung von Projekten im Einrichtungsrundfunk,"
 - b) Die bisherigen Nummern 8 bis 11 werden die Nummern 9 bis 12.

Kubitzki
Vorsitzender